



Wir brauchen mehr Diversität und BIPOC-Positionen in sozialen Bewegungen. Das war eine Forderung auf unserer Strategiekonferenz 2019 in Berlin, die auf diesem Plakat dokumentiert wurde. Nun wollen wir auch stiftungsintern über Diversität und die Überwindung von Herrschaftsverhältnissen sprechen.

Foto: Paul Lovis Wagner

Herrschaftskritisch – auch nach innen

Wer fühlt sich als Teil der Stiftungsgemeinschaft und wer nicht? Die Bewegungstiftung hat sich auf den Weg gemacht, um Barrieren abzubauen und inklusiver zu werden



Dr. Simon Teune

Protestforscher und Mitglied im Stiftungsrat der Bewegungstiftung

Soziale Bewegungen verändern die Welt, manchmal leise und manchmal mit großem Getöse, und etwas Neues liegt für alle spürbar in der Luft. Mit ihrer Förderung, mit Geld und Beratung, will die Bewegungstiftung dafür Rückenwind geben: dass der Blick für Ungerechtigkeit geschärft wird, dass die Menschen sich organisieren, Druck aufbauen und dass diejenigen, die Macht haben, sich nicht zurücklehnen, sondern Verantwortung übernehmen.

Ein kritischer Blick auf gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse ist aber nicht nur angesagt, wenn es darum geht, den Wandel im Großen anzustoßen. Diesen kritischen Blick müssen wir auch nach innen richten. Die Stiftungsgemeinschaft trägt in ihrem eigenen Wirken Verantwortung dafür, dass sie bestehende Ungerechtigkeit nicht weiter verstärkt. Diese Idee hat die Bewegungstiftung von Beginn an geprägt. Hier sollten Stifter*innen und Spender*innen nicht allein darüber entscheiden, wer gefördert wird, und das Geld der Stiftung sollte für eine gerechte, friedliche und ökologische Welt wirken. Mit ihrer Entscheidungsstruktur und mit ihrer Anlagestrategie hat die Bewegungstiftung Maßstäbe gesetzt.

Jetzt ist es an der Zeit, dass wir genau hinschauen, wie gesellschaftliche Herrschaftsver-

hältnisse in und durch die Bewegungstiftung wirken. Klassismus, Rassismus, Antisemitismus, Ableismus, Homo- und Transfeindlichkeit, Antifeminismus – das alles tritt nicht nur „da draußen“ in Erscheinung, sondern diese gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse finden sich auch in der Stiftung wieder. Wir müssen uns fragen: Wer wird von unserer Förderung angesprochen und wer stößt auf Barrieren? Wer fühlt sich zu unseren Veranstaltungen eingeladen und wer wird ausgegrenzt? Wer kommt in die entscheidenden Gremien und wer ist nicht repräsentiert? Wir wollen einen Schritt weiter gehen, zuhören, ausgrenzende Routinen und Strukturen benennen und abbauen.

Der Stiftungsrat und das Team der Geschäftsstelle haben diesen Prozess ganz oben auf die Agenda gesetzt. In einer Ad-hoc-AG werden wir diese Fragen angehen und Veränderungen auch innerhalb der Stiftung anstoßen, begleitet von einer professionellen Beratung von außen. Die Kraft und Motivation dafür geben uns die Gründungsidee der Bewegungstiftung, eine gewachsene, wertschätzende Diskussionskultur und die vielen in der Stiftungsgemeinschaft, welche die Fragen, die jetzt innerhalb der Stiftung gestellt werden müssen, schon lange bewegen.

Dass diejenigen, die Macht haben, sich nicht zurücklehnen, sondern Verantwortung übernehmen und Teil der Veränderung werden, daran sollten wir uns auch in der Bewegungstiftung messen lassen.

Termine

Antragsschluss Strategieberatung und Einmischungstopf

3. August

Antragsschluss Kampagnenförderung und Starthilfe

7. September

Beirat der Stifter*innen

22.-24. Oktober in Köln und/oder als Online-Konferenz (Wir entscheiden und informieren Anfang September)

Für einen zivilen Hafen!

Gastbeitrag von Monika Koops und Paula Herrschel von unserem Förderprojekt, der „Volksinitiative gegen Rüstungsexporte“, die das Waffengeschäft über den Hamburger Hafen stoppen will



Stoppt die Rüstungsexporte: Mit Kulturveranstaltungen wie hier auf dem Hamburger Fischmarkt macht die Initiative auf ihr Anliegen aufmerksam. Foto: Volksinitiative gegen Rüstungsexporte

Wir leben in Zeiten gesellschaftlicher Polarisierung. Während es überall an Geld für eine solidarische Pandemiebekämpfung und eine sozial-ökologische Transformation fehlt, zeigt der aktuelle Bericht des Friedensforschungsinstituts Sipri auf, dass die weltweiten Militärausgaben 2020 trotz Pandemie auf knapp 2 Billionen US-Dollar gestiegen sind. Deutschland belegt dabei Platz 7 mit rund 53 Milliarden Dollar.

Der Hamburger Hafen ist einer der Hauptschlagplätze für Rüstungsgüter in alle Welt. In und um Hamburg produzieren mehr als 90 Unternehmen Rüstungsgüter. Im Hafen werden jährlich über 1.000 Container mit der tödlichen Fracht verladen, auch für diktatorische, kriegführende Länder wie Saudi-Arabien und die Türkei. Transportiert werden Kriegsschiffe, Bomben, Panzer, Panzerwagen, Kleinwaffen und allein 17,5 Tonnen Munition durchschnittlich pro Tag. Der militärisch-industrielle Komplex mit den Rüstungsriesen Rheinmetall, Krauss-Maffei Wegmann oder den Lürssen-Werften, fährt mit Krieg und Menschenrechtsverletzungen riesige Profite ein. So wird Hamburg tagtäglich ein Tor, das der Welt den Tod

bringt und Tausende zu Geflüchteten macht.

Das wollen wir ändern!

Über 90 Prozent der deutschen Bevölkerung sind für die Abschaffung der Atomwaffen. 70 Prozent lehnen bewaffnete Auslandseinsätze der Bundeswehr ab. Für ein Gesetz gegen Waffenlieferungen an Krieg führende Staaten, in Krisengebiete sowie an Länder außerhalb der EU und Nato sprechen sich einer Umfrage zufolge 70 Prozent der Bürger*innen hierzu aus.

Wir nehmen den Stopp der Rüstungsexporte über den Hamburger Hafen in unsere eigenen Hände! Die Hamburger Volksgesetzgebung ermöglicht der Bevölkerung, wichtige Anliegen über den Weg der direkten Demokratie zu entscheiden. Nach zwei Jahren Vorbereitung sind wir am 19. März 2021 offiziell als Volksinitiative gestartet und müssen innerhalb von sechs Monaten mindestens 10.000 analoge Unterschriften für unser Anliegen sammeln. Das lautet: „Senat und Bürgerschaft schaffen innerhalb eines Jahres eine Rechtsgrundlage, die den Transport und Umschlag von Rüstungsgütern über den Hamburger Hafen

verbietet und unternehmen alle notwendigen und zulässigen Schritte, um dieses Verbot unverzüglich umzusetzen.“

International solidarisch

Wir sind ein Kreis von rund 50 Aktiven, basisdemokratisch organisiert in verschiedenen Arbeitsgruppen, die 14-tägig zu einem gemeinsamen Plenum zusammenkommen. Wir sammeln Unterschriften, organisieren Diskussions- und Kulturveranstaltungen, demonstrieren, drehen Filme und kommen in den gemeinsamen Austausch.

Im Rücken haben wir ein kontinuierlich wachsendes Bündnis von Unterstützenden aus lokalen Friedensinitiativen, den Gewerkschaften GEW und ver.di, dem Zukunftsrat Hamburg, Attac, hochschulpolitisch Aktiven, Künstler*innen, Aktiven aus migrantischen Organisationen, aus der Flüchtlingsolidarität, der Klima- und sozialen Bewegung sowie aus kirchlichen Kreisen.

Uns eint das Bewusstsein, dass ohne Frieden kein menschenwürdiges Leben möglich ist. Das geht nur international und solidarisch. So haben wir mittlerweile Kontakt zu unseren italienischen Mitstreiter*innen in Triest und Genua, die ebenfalls ihren Hafen für Rüstung schließen wollen und – wie die Hafentarbeiter*innen aktuell in Livorno und Ravenna – die Beladung von Frachtern mit Rüstungsgütern bestreiken und sogar verhindern.

Wir feiern! Ausblick

Über 5.500 Unterschriften sind schon gesammelt! Wir haben jetzt, Anfang Juni – Bergfest – und trotz der starken Kontaktbeschränkungen schon mehr als die Hälfte der erforderlichen Zahl an Unterschriften erreicht. Das macht Mut und motiviert ungemein. Wir sind zuversichtlich, dass wir bis September 10.000 Unterschriften zusammen bekommen. Im kommenden Jahr soll dann die zweite Stufe folgen – das Volksbegehren. Dann müssen wir 65.000 Unterschriften in drei Wochen sammeln. Wir freuen uns über jede Form der Unterstützung. Gemeinsam senden wir aus Hamburg das Signal: Stoppt die Rüstungsexporte!

Impressum: Herausgeber Bewegungsstiftung, Artilleriestraße 6, 27283 Verden **Mitarbeiter*innen dieser Ausgabe:** Simon Teune, Lennart Zirlewagen **Redaktionsschluss:** 10.06.2021 **Verantwortlich:** Wiebke Johanning, johanning@bewegungsstiftung.de **Kontakt:** Telefon 04231/957 540, info@bewegungsstiftung.de, www.bewegungsstiftung.de **Bankverbindung:** Bewegungsstiftung, GLS Gemeinschaftsbank e.G., BIC: GENODEM1GLS, IBAN: DE56 4306 0967 0046 3144 00 **Layout:** Monika Bröse, Freiraum Kommunikation, www.freiraum-koeln.de **Druck:** Pachnicke, Göttingen, Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

„Ich glaube nicht an Heldengeschichten“

Interview mit unserer neuen Stiftungsrätin Peggy Piesche über die Kraft sozialer Bewegungen, persönliche Schlüsselerlebnisse und Fortschritte im Kampf gegen Rassismus



Peggy Piesche ist seit über 30 Jahren in Bewegungen aktiv.

Foto: Deborah Moses Sanks

Du bist ab Juli Mitglied im Stiftungsrat, dem obersten Entscheidungsgremium der Bewegungstiftung. Was reizt dich an dem Ehrenamt?

Peggy Piesche: „Der gemeinschaftliche Gedanke. Wir müssen inklusiver und sozialer werden und die brennenden Themen miteinander verbinden. Wir haben keine Zeit mehr, nur eine Sache zu priorisieren. Da sehe ich die Stiftung als eine Plattform, die soziale und umweltpolitische Themen zusammenbringen kann.“

Du bist seit über 30 Jahren in der Schwarzen feministischen Bewegung aktiv. Wie können Bewegungen die wichtigen Themen vorantreiben?

„Ich glaube nicht an Heldengeschichten, sondern mehr an kollektive Veränderungen. Als aktiver Teil eines Schwarzen, queer-feministischen Kollektivs habe ich selber erlebt, was es bedeutet, wenn wir uns als Einzelpersonen vernetzen und in eine Bewegungsgeschichte einbetten. Wir fangen nie etwas neu an. Wir stehen immer auf den Schultern und der Arbeit von denen, die vor uns kamen. Deshalb ist es mir ein leidenschaftliches Anliegen, die Arbeit von Bewegungen zu unterstützen.“

Gab es ein Schlüsselerlebnis?

„Ja, die Umbruch-Erfahrung zur Wendezeit. Ich bin DDR-sozialisiert, 1968 geboren, war 22 zur Wende, die Zeit, um in die Welt zu starten. Ich habe damals zwei Coming-Outs durchlaufen, mein Schwarzes und mein queeres und

war in der glücklichen Lage, das gemeinsam in einer Schwarzen, queer-feministischen Bewegung machen zu können. Ein Privileg – weil gleichzeitig um mich herum die kollektive DDR-Identität zusammengebrochen ist. Menschen haben vieles verloren und große Unsicherheit erlebt. In dieser Zeit habe ich für mich Orientierung in einer transnationalen Bewegung gefunden.“

Du bist Kulturwissenschaftlerin, Aktivistin, Trainerin für Rassismuskritik und Referentin bei der Bundeszentrale für politische Bildung. Was machst du dort genau?

„Ich leite den Fachbereich zu politischer Bildung und pluraler Demokratie am Standort Gera. Ich betreibe politische Bildung von einem intersektionalen Standpunkt aus. Das bedeutet zu fragen: Für wen machen wir das eigentlich? Und aus welcher Perspektive sprechen wir? Wir machen häufig unsere Arbeit aus und für die Mehrheitsgesellschaft und wundern uns dann, dass wir nicht alle erreichen. Wir wollen einen Perspektivwechsel, weg aus der ausschließlich weißen hegemonialen Perspektive. Wir arbeiten dabei mit Beratungsarbeit, Veranstaltungen, Förderungen und Publikationen.“

Auch wir haben einen herrschaftskritischen Prozess in der Stiftung begonnen. Was sagst du: Gute Idee! Oder: Ihr seid ja ganz schön spät dran für eine bewegungsnahe Organisation.

„Es zeigt erstmal, dass wir alle verwoben sind

in gesellschaftliche Machtverhältnisse. Das wollen wir nicht so gerne wahrnehmen und deshalb laufen wir Extrarunden. Es ist durchaus möglich, tolle Arbeit zu machen und trotzdem irgendwann festzustellen: Ups, wir bilden machtpolitisch ja das ab, was wir eigentlich verändern wollen. Ich finde es schön, dass die Bewegungstiftung sich aufgemacht hat, das zu verändern. Das werden sicher keine Gipfelstürme, sondern eher die Mühen der Ebenen.“

Hast du als Trainerin Tipps für uns? Was kann helfen?

„Reflexionsräume schaffen, in denen Emotionales Platz hat. Der Prozess geht ans Eingemachte. Da geht es um Ressourcenteilung und eigene Verstricktheit. Natürlich kann man sich rational klar machen, dass wir rassistische Konnotationen haben, weil wir in dieser Gesellschaft aufgewachsen sind. Aber es fordert, die zu entlernen. Wir müssen strukturelle Ungleichheiten nicht nur kognitiv, sondern auch emotional durchdringen, um Dinge zu verändern.“

Sind wir in den letzten zwei Jahren im Kampf gegen Rassismus vorwärts gekommen?

„Nach Hanau und den Black-Lives-Matter-Protesten gab es ein Zeitfenster, wo wir eine Debatte über strukturellen Rassismus in Deutschland hatten. Das schließt sich gerade. Das ist ernüchternd, aber nicht überraschend. Die Mehrheitsgesellschaft zieht medial weiter. Corona hat uns alle viel in Beschlag genommen. Ich bin aber optimistisch. Bewegungen haben immer Rückschläge erlebt und lassen sich trotzdem nicht unterkriegen. Gerade haben wir es etwa in der Hand, wie wir aus der Pandemie herausgehen und wie wir Gerechtigkeitsfragen miteinander verbinden.“

Wechsel im Stiftungsrat

Peggy Piesche folgt auf Daniel Mittler, der das Amt nach fünf Jahren abgibt. Herzlich Willkommen, Peggy! Und vielen Dank, Daniel, für deinen Einsatz, deine Unterstützung, deine Begeisterungsfähigkeit und deine vielen guten Ideen in den vergangenen Jahren.

Unsere neuen Förderprojekte



Eine von vier neuen Kampagnen, die wir fördern: „Schule muss anders“ macht in Berlin Druck für gerechtes, gut ausgestattetes und inklusives Schulsystem. Foto: Schule in Not

„Wir wählen“

Bei der Bundestagswahl im September werden die Stimmen von 8,5 Millionen volljährigen Bürger*innen fehlen, obwohl auch sie direkt von dem Ergebnis der Wahl betroffen sein werden. Sie haben keinen deutschen Pass. Ungleichheit in der Gesellschaft ist der Beginn von Ausgrenzung und Diskriminierung. Und diese beginnt vor Ort, in der Kommune. EU-Staatsangehörige sind dort seit 25 Jahren wahlberechtigt, aber 5,3 Millionen ohne deutschen oder EU-Pass sind weiter von der grundlegenden demokratischen Beteiligung – dem Wahlrecht – ausgeschlossen. Das Netzwerk „Wir wählen“ will das kommunale Wahlrecht für alle Menschen erstreiten, die in Deutschland leben. In 14 von 27 EU-Staaten ist das schon unaufgeregte Praxis. Zur Bundestagswahl im September 2021 will das Bündnis mit symbolischen Wahlen, öffentlichen Aktionen und einer gemeinsamen bundesweiten Online-Wahl auf den derzeitigen Ausschluss einer großen Bevölkerungsgruppe hinweisen und Menschen für gesellschaftliche Partizipation aktivieren.

Förderung: 12.000 Euro
wir-waehlen.org

Schule muss anders

Die Kampagne der Berliner Initiative „Schule in Not“ will ein gerechtes, gut ausgestattetes und inklusives Schulsystem für alle Kinder und Jugendlichen erkämpfen. Dazu will das Bündnis aus Eltern, Schüler*innen und Schulbeschäftigten (Lehrer*innen, Erzieher*innen und Sozialarbeiter*innen) vor den Berliner

Wahlen im September 2021 Druck machen und erreichen, dass Schulen langfristig mehr und zusätzliches Personal bekommen, von den Schüler*innen her gedacht werden und wirksame Maßnahmen gegen Diskriminierung und für schulische Teilhabe etabliert werden. Das Ziel der Kampagne ist, dass diese Forderungen im Koalitionsvertrag festgeschrieben und dann auch umgesetzt werden. Dazu will das Bündnis mit Aktionen an Schulen, Unterschriftensammlungen und stadtweiten Demos, aber auch öffentlichkeitswirksamen Diskussionen Druck auf die politischen Entscheidungsträger*innen machen.

Förderung: 15.000 Euro
www.schule-muss-anders.de

#SyriaNotSafe

Syrien ist nicht sicher – für niemanden! Trotzdem haben die Landes-Innenminister im Dezember 2020 den generellen Abschiebestopp nach Syrien beendet. Das heißt: Bundesländer können wieder Straftäter*innen und so genannte „Gefährder*innen“ in den Folterstaat Syrien abschieben, sobald die Bundesregierung die Voraussetzungen dafür geschaffen hat. Die zwangsläufige Folge wäre, dass Deutschland das verbrecherische Assad-Regime diplomatisch anerkennt und dass bald alle Syrer*innen von Abschiebung bedroht sein könnten, die wegen des Kriegs nach Deutschland geflüchtet sind. Mit einem Appell und Aktionen bei Parteitagen und im Netz wollen die Aktiven erreichen, dass sich Grüne, Linke und SPD im Wahlkampf gegen

Abschiebungen nach Syrien positionieren und dies in einer Koalition auch durchsetzen. Wir haben die Kampagne bereits 2019 mit 15.000 Euro gefördert.

Förderung: 10.825 Euro
syria-not-safe.org

GasExit

Das Netzwerk GasExit setzt sich für einen sofortigen Ausstieg aus dem klimaschädlichen Energieträger Erdgas ein. Im Bundestagswahlkampf 2021 will das Bündnis darüber aufklären, dass derzeit viele neue Gaskraftwerke für die Fernwärmeversorgung geplant und von der Bundesregierung massiv subventioniert werden, statt in erneuerbare Wärmeversorgung zu investieren. Dabei entstehen durch die Nutzung von Gas vergleichbar hohe Emissionen wie bei der Kohleverbrennung. Mit Aktionstagen und Öffentlichkeitsarbeit will GasExit den Mythos von Gas als vermeintlich klimafreundlicher Brückentechnologie widerlegen und sich für eine sozial gerechte Wärmewende einsetzen.

Förderung: 15.000 Euro
gasexit.de



Willkommen im Team!

Maria Schmidt ist unsere neue Projektberaterin. Sie engagiert sich seit zehn Jahren für Alternativen zu Ausbeutung und Unterdrückung durch Patriarchat und Kapital, etwa bei der Wandelwoche Berlin-Brandenburg und in der Union Coop. Maria ist Nachfolgerin von Annett Gnass, die in Zukunft mehr freiberuflich arbeiten will. Danke für alles, Annett! Schön, dass du da bist, Maria!

„Wofür sollte ich mehrere Millionen besitzen wollen?“

Stifter*innen vorgestellt: Marlene Engelhorn setzt sich für Umverteilung ein.

Warum beschäftigt dich das Thema Ungleichheit?

Marlene Engelhorn: „Ganz banal, weil es mich betrifft, aber nicht nur mich. Individueller Reichtum und kollektive Armut sind strukturell verknüpft. Das wird nur von den meisten ausgeblendet. Außerdem sollte in einer Demokratie jede Stimme gleich viel wert sein. Reiche Menschen können sich einkaufen in Wirtschaft und Politik, und so sind ihre Stimmen mehr wert als die von normalen Menschen aus Mittelschicht oder Arbeiter*innenklasse. Das ist wahnsinnig undemokratisch. Das hat neofeudale Züge, wie ein unsichtbarer Adel, nur halt ohne Titel.“

Wie vermögend bist du?

„Ich bin in eine sehr reiche Familie geboren und werde eines Tages erben – einen zweistelligen Millionenbetrag. Ich will das Geld nicht behalten, weil es mir nicht zusteht. Wir arbeiten in unserer Gesellschaft arbeitsteilig. Aber die Profite werden nicht entsprechend verteilt. Das ist der Grund, warum Familien wie meine so viel Geld anhäufen. Ich will das Geld in demokratisch transparente Prozesse überführen und der Gesellschaft zurückzugeben. Denn das Problem ist ja: Viel Geld bedeutet viel Macht. Ich habe dieses Geld und darf allein entscheiden, wer es kriegt. Aufgrund welcher Prämisse? Auf mein Wohlbefinden sollte man sich nicht verlassen müssen.“

Dir wäre es lieber, der Staat würde das Geld in Form von Steuern einfordern?

„Ja. Man kann darüber streiten, wie gut die repräsentative Demokratie gerade funktioniert. Aber ein gewähltes Parlament hat in meinen Augen viel mehr Legitimation, um Entscheidungen zu treffen, die alle etwas angehen. Jedenfalls mehr, als Menschen, die in eine reiche Familie geboren werden und sagen: „Ich finde das Klima wichtig“ und dann wird das nächste grüne Start-Up gepusht. Die Frage ist: Wer darf nicht entscheiden? Wer wird nicht gehört? Diese Fragen werden nicht gestellt. Das kann die Demokratie ausgleichen.“

Du lebst in Wien, bist Österreicherin. Was machst du beruflich?

„Ich bin auch Deutsche und könnte mir den

deutschen Pass holen. Aber das nur am Rande. Ich arbeite halbtags im Volontariat bei der Guerilla Foundation und lerne dort alles über partizipative Förderung. Die restliche Zeit vernetze und organisiere ich mich mit Menschen, die wie ich Zugang zu Vermögen und/oder Klassenprivilegien haben, um einen gesellschaftspolitischen Beitrag zum Diskurs zu leisten.“

Du hast für viel Medienrummel gesorgt mit deiner Ankündigung, 90 Prozent deines Millionenerbes verschenken zu wollen. Warum willst du das Geld abgeben?

„Wie viel ist genug? Das ist die Frage, die ich mir beantworten will. Was ist das gute Leben für alle? Für mich macht es keinen Sinn, superreich zu sein, wenn das auf Kosten anderer Menschen und der Umwelt passiert. Wofür sollte ich mehrere Millionen besitzen wollen? Das Geld gehört mir nicht. Es gibt keine Steuer drauf. Das ist eine Katastrophe. In Österreich werden ab einem Nettoeinkommen von 11.000 Euro 20 Prozent Einkommenssteuer erhoben und auf Erbschaften null Prozent. Das geht einfach nicht. Deshalb gebe ich weg, was ich nicht brauche und teile es mit der Gesellschaft, aus der das Geld kommt.“

Hast du denn schon eine Idee? Weißt du, wie du das Geld verteilen willst?

„Ich sollte das nicht allein entscheiden dürfen. Aber ohne Steuern? Es soll in soziale Bewegungen fließen, an diejenigen, die heute dafür kämpfen, dass wir auch übermorgen noch Selbstverständlichkeiten genießen können, die wir jetzt erstreiten, hoffentlich auch Verteilungs- und Steuergerechtigkeit.“

Wie bist du auf die Bewegungsstiftung gestoßen?

„Als ich für die Guerilla Foundation über Stiftungen recherchiert habe. Dann habe ich über andere Stifter*innen erfahren, dass es bei der Strategiewerkstatt im März eine AG Steuergerechtigkeit geben soll. Da wollte ich dabei sein. Meine Zustiftung war mein Eintrittsticket.“

In der AG haben sich Stifter*innen zusammengefunden, um öffentlich für Steuergerechtigkeit einzutreten.



„Für mich macht es keinen Sinn, superreich zu sein, wenn das auf Kosten anderer Menschen und der Umwelt passiert“, sagt Marlene Engelhorn.

Foto: Ulrich Palzer

ten. Wie weit seid ihr?

„Wir haben einen Appell ausformuliert, den wir unter [taxmenow.eu](https://www.taxmenow.eu) veröffentlicht haben. Es ist aufregend zu sehen, dass sich so viele vermögende Menschen da engagieren und zeigen: Wir haben schon verstanden. Steuern sind eine gute Sache. Es ist absolut überfällig, da einen Beitrag zum Diskurs zu leisten aus der sogenannten Betroffenenperspektive.“

Bist du optimistisch, dass sich beim Thema Steuergerechtigkeit etwas bewegt?

„Eine Freundin hat mir mal gesagt: Hoffnung ist voll politisch. Wir wären nicht, wo wir sind, wenn sich nie was bewegen würde. Ich glaube, man muss Veränderungen einfordern. Es ist wichtig, dass das nicht immer die machen müssen, die konkret von Ungleichheit betroffen sind. Denen will in den Medien keiner zuhören. Meine Zu-Wort-Meldung ist das Mindestmaß an Respekt, das ich diesem Einsatz entgegenbringe. Ein großes Danke an die Bewegungen, die die eigentliche Arbeit machen. Die Bewegungsstiftung fördert ja auch einige davon und das ist einfach spitze. Hut ab!“

„Die Bahn sollte eine realistische Alternative für alle sein“

Bernhard Knierim und Katrin Kusche von unserem Förderprojekt „Bahn für Alle“ berichten im Interview, wie sich das Bündnis für klimafreundliche und flächendeckende Mobilität auf der Schiene einsetzt.



Bernhard Knierim und Katrin Kusche von „Bahn für Alle“. Fotos: Wolfgang Rüter, Johanna Erdmann

Ihr engagiert euch für eine „Bahn für Alle“. Was meint ihr damit?

Bernhard Knierim: „Die Deutsche Bahn sollte ein so gutes Angebot haben, dass immer mehr Menschen dieses auch in Anspruch nehmen. Die Bahn sollte eine realistische Alternative zum Transport über die Straße sein – für Menschen und Güter. International sollte die Bahn auch eine Alternative zum klimaschädlichen Flugverkehr bieten. Vor allem Nachtzüge hätten hier Potential.“

Eure Ideen klingen gut. Welche Hürden gibt es?

Katrin Kusche: „Zum einen haben wir noch mit fortgesetzten Problemen der vergangenen 25 Jahre zu kämpfen.“

Bernhard: „Damals sollte die Bahn an die Börse gehen. 2005 bis 2008 hatten wir dazu schon eine erfolgreiche Kampagne mit Unterstützung der Bewegungstiftung. Hätten wir damals den Bahnbörsengang nicht verhindert, wären heute vermutlich 50 Prozent der Bahnaktien in privater Hand. Damit wäre der Druck auf Rendite deutlich höher und die Chance, dass die Bahn zu einem leistungsfähigen Akteur für eine Verkehrswende wird, deutlich geringer.“ **Katrin:** „Jetzt, im anlaufenden Bundeswahlkampf, werden wieder Konzepte

vorgelegt, mit denen die Privatisierung und der Wettbewerb der Bahn vorangetrieben werden sollen. Die Bahn steht damit gerade vor einer wichtigen Weichenstellung.“

Was sind die Pläne der Parteien?

Katrin: „Sowohl die Grünen als auch die FDP planen eine Trennung von Netz und Betrieb. Beide Parteien wollen Wettbewerb auch im Fernverkehr einführen, wobei die FDP favorisiert, dass dann mehrere Eisenbahnverkehrsunternehmen auf einer Strecke tätig wären. Das würde den Reisenden gar nichts bringen, und sollte ein Zug verpasst werden, müsste man womöglich auf den übernächsten Zug warten oder ein neues Ticket lösen. Unsere Erfahrungen im Nahverkehr zeigen, dass sich dieser Wettbewerb nicht lohnt. Auch für das Klima ist es wichtig, dass man Einflussmöglichkeiten auf die Bahn behält. Damit mehr Menschen in die Bahn statt ins Auto steigen, braucht es flächendeckende Bahnverbindungen, und es müssen auch Bereiche subventioniert werden, die im Wettbewerb nicht so attraktiv wären. Mit einem Flickenteppich an Anbietern wäre eine solche Lenkungsaufgabe nicht machbar.“

Was ist euer Vorschlag?

Bernhard: „Unser Modell sieht eine inte-

grierte, öffentliche Bahn vor, ungefähr so, wie das die Schweiz umgesetzt hat. Dort kann man auch sehen, dass es ziemlich gut funktioniert. Wir sehen keine Zukunft darin, die Bahn immer weiter zu zerstückeln und Privatunternehmen in Konkurrenz mit der Deutschen Bahn fahren zu lassen. Statt sich am Profit zu orientieren, sollte die Bahn stärker nach politischen Zielen gelenkt werden. Wichtig finden wir Zuverlässigkeit, Qualität und flächendeckende Verbindungen im ganzen Land, also Kriterien, die wirklich den Fahrgästen helfen. Das wird noch ein größerer politischer Kampf der nächsten Monate und Jahre.“

Wie können Interessierte eure Arbeit unterstützen?

Katrin: „Auf unserer Internetseite bahn-fuer-alle.de kann man einen Aufruf für eine bessere Bahn schnell und einfach unterzeichnen. Die Unterschriften sollen dann vor der Bundestagswahl den Parteien übergeben werden. Außerdem freuen wir uns selbstverständlich über weitere Mitstreiter*innen.“

Die Bewegungstiftung unterstützt euch seit 2020 mit 70.000 Euro Basisförderung. Was bringt euch das?

Bernhard: „Mit dem Geld können wir unser Spendenmanagement und den Newsletter professionalisieren und uns damit eine eigene Basis aufbauen.“

Katrin: „Aber schon die Antragstellung war für uns ein Prozess der Neuaufstellung. Wir haben unsere Website aktualisiert und die Bewegungstiftung hat uns einen Anreiz gegeben, uns neu zu ordnen, zu überlegen, was wir wollen und Arbeitskreise neu zu bilden. In diesem Prozess haben wir auch strategische Gespräche mit der Stiftung geführt. Auch die Evaluation nach einem Vierteljahr hilft uns, ehrlich zu reflektieren.“ *Das Interview führte Lennart Zirlwagen*

Gespräch zum Nachhören

Eine lange Version des Interviews mit „Bahn für Alle“ gibt es in unserem Podcast unter t1p.de/bs-podcast